Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 109 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Freitag, den 9. Mai 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert ist von seinem Aufenthalt in Bad Mergentheim nach Berlin zurückgekehrt.

* Der Volksentscheid über die Änderung der bayerischen Verfassung hat in der Pfalz folgendes Ergebnis gehabt: mit ja stimmten 24 381 und mit nein 223 352 Wähler. Die Änderung wurde also in der Pfalz abgelehnt.

* Außer dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Dr. Marx haben auch die Reichsminister Hamm und Dr. Hoesle, sowie die preußischen Minister Am Zehnhoff, Siering und Hirtsiefer ihr Erscheinen zur Eröffnung der Kölner Messe zugesagt.

* Für den Zusammentritt einer interalliierten Konferenz zur Reparationsfrage ist noch kein Termin festgesetzt, wie man von zuverlässiger Seite aus Newyork meldet.

* Das rumänische Königspaar ist auf seiner Reise in Genf und Bern feierlich empfangen worden.

* In Beirut sind starke französische Kontingente gelandet, die die syrische Garnison wegen der Schwierigkeiten mit der Türkei verstärken sollen.

Ein Programm der Rechten.

Sozusagen akut wird die Politik erst im Laufe der letzten Maiwoche werden, wenn der Reichstag zusammentritt; denn bis dahin will das Kabinett Marx am Ruder bleiben, also anders verfahren, als es das Kabinett Müller-Franken nach den Reichstagswahlen 1920 tat. In dem Kreis der Betrachtungen über das kommende Ministerium steht heute die Erwägung, ob die Reichstagswahlen eine nach rechts verschobene Regierungskoalition bringen werden, in der naturgemäß die Deutschnationalen von maßgebendem Einfluß sein werden.

Auf die zahlreichen Fragen von allen Seiten: Was wollen die Deutschnationalen denn nun eigentlich? Welches sind die Ziele ihrer Politik? Wie stellen sie sich zu den gegenwärtigen Problemen? antwortet nun der Parteivorsitzende Hergt soeben in ausführlicher Weise in einer Veröffentlichung. Er geht dabei von dem Satz aus, daß seine Partei durch die Wahlen zur Regierungsbildung berufen, und daß dies allseitig anerkannt sei. Was er sagt, ist: das Volk verlangt nach einer starken Hand, — und die soll ihm werden. Denn das deutsche Volk ist autoritär, ist fühl, erbedürftig. Dieses Sehnen zu erfüllen, soll versucht werden durch die Rechtsregierung.

Unter zwei Gesichtspunkten sei die Wahl geführt worden; außenpolitisch: um die Stellung zum Sachverständigenbericht; innenpolitisch: um die Große Koalition. Der eigentliche Träger der Außen- ebenso wie der Innenpolitik im Zeichen der Großen Koalition sei Dr. Stresemann gewesen; und er sei darum auch der eigentlich Besiegte. Die Große Koalition sei durch die Abwanderung zur Opposition ins Herz getroffen. Diese Abwanderung, soweit sie nach rechts hin ging, sei aber nicht so weit gegangen, eine Außenpolitik durch übermäßiges Anwachsen des Rechtsradikalismus unmöglich zu machen, sie sei in der Hauptsache nur bis zur gemäßigten Rechten gegangen; das habe auch das Ausland zu würdigen gewußt. „Man scheine in den objektiveren Kreisen des Auslandes zu hoffen — und man habe ein Recht dazu — daß unter dem entscheidenden Einfluß der Deutschnationalen eine deutsche Außenpolitik getrieben werden wird, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schleuniger Verständigung herbeizuführen." Hergt will dem Sachverständigenbericht gegenüber nicht von vornherein ein „Unannehmbar" entgegensetzen, wohl aber „Vorbehalte", die ganz unverzichtbar sind. Das sei einmal eine Trennung der wirtschaftlichen und der politischen Fragen in dem Gesamtproblem der Reparationen, dann: keine untragbare Belastung des Volkes; und schließlich: Festhalten an den „Ehrenpunkten", also Rückführung der Vertriebenen und Befreiung der Gefangenen. Vor allem aber: keine Unterschrift unter Leistungsversprechungen, die man als unerfüllbar erkannt habe. Dann werde auch das Ausland die Gewißheit haben, daß das, was nun mit deutschnationaler Billigung unterschrieben sei, auch ausgeführt werden würde.

Innenpolitisch werde die Rechte naturgemäß ihren starken Einfluß in Reich- und Länderverwaltung durchsetzen. Das mit Hilfe des Fortbestehens einer „Großen Koalition" aufhalten zu wollen, sei ein Versuch, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, der die notwendige Entwicklung nur vergögern, nicht hemmen könne.

Hergt, der übrigens von einigen Seiten als Kanzler bei einer Rechtsregierung genannt wird, hat also denselben Standpunkt entwickelt, den der verstorbene Helfferich einmal in die Worte kleidete: Wir erkennen die Tatsache an, daß wir den Krieg verloren haben, und erklären uns darum bereit, Zahlungen zu leisten, so weit das in unserer Kraft steht und es sich mit dem Recht des deutschen Volkes auf Selbständigkeit verträgt. Für die Möglichkeit dieser Anschauung wird angeführt, daß die Frage des Sachverständigenberichts zurzeit gar nicht derartig sei, daß man ihn „annehmen" oder „ablehnen" müsse. Er habe keinen ultimativen Charakter wie jenes Londoner Ultimatum 1921, wo es — trotz Einsicht in die Erfüllungsunmöglichkeit — ein Unterschrieben oder ein Nichtunterschreiben galt, das erstere durch Waffengewalt erzwungen wurde. Sondern es kommt gar nicht auf diese „Grundlage" der künftigen Verhandlungen an, sondern lediglich darauf, wie diese ausgehen, welches Resultat sie zeitigen werden. Gegen solche Verhandlungen sperrt sich Hergt nicht. Wenn man also die ganze Streiterei um den „Grundsatz" in den Schrank zu den übriggebliebenen Wahlflugblättern legt, ließe sich eine Einigung auf ein außenpolitisches Zusammengehen wohl denken.

Innenpolitisch würde es natürlich ein starkes Herumlegen des Steuers nach rechts bedeuten. Da aber die Deutschnationalen die Verfassung von Weimar im Prinzip als bestehend anerkennen — wenn sie sie auch ändern wollen —, so würde diese innerpolitische Änderung von der Kraft ihres gesamtpolitischen Einflusses abhängen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Paketgebühren.

Die Reichspostverwaltung beabsichtigt eine Erhöhung der Paketgebühren vorzunehmen. Dem Verwaltungsrat der Reichspost liegt ein neuer Pakettarif vor, der den Wegfall der Vorstufe für Pakete bis 3 Kilogramm und eine Erhöhung der Gebühren für die 7 Kilogramm und darüber wiegenden der zweiten und dritten Zone vorsieht.

Der 11. Mai in Halle a. d. S.

Zu den verschiedenen Nachrichten über die Einweihungsfeier des Moltkedenkmals in Halle a. d. S. und die aus diesem Anlaß befürchteten Mißhelligkeiten wird amtlich aus Berlin mitgeteilt, daß zwei Veranstaltungen stattfinden, eine auf dem Denkmalsplatz und eine zweite auf einem freien Platz außerhalb der Stadt. Diese beiden Kundgebungen werden von der verstärkten Halleschen Schutzpolizei derart überwacht und geschützt, daß Störungen und Sprengungsversuche verhindert werden. Öffentliche Umzüge jeder Art sind untersagt.

Der deutsch-russische Zwischenfall.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat eine große Anfrage eingebracht über die aus der Durchsuchung der russischen Handelsvertretung in Berlin entstandenen Weiterungen. — Die Reise des Berliner russischen Botschafters nach Moskau soll nur insofern mit dem Vorfall in Verbindung stehen, als der Botschafter selber über Übergriffe der russischen Handelsvertretung zu klagen habe.

Zusammensetzung des württembergischen Landtags.

Von 80 Sitzen erhalten Bauern- und Weingärtnerbund 17, Rechtsblock 8, Deutsche Volkspartei 3, Völkisch-sozialer Block 3, Zentrum 17, Demokraten 9, Sozialdemokraten 13, Kommunisten 10 Sitze.

Nordamerika.

X **Die deutsche Anleihe.** Für die Unterbringung der deutschen 150-Millionen-Anleihe werden in den Newyorker Bankkreisen umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Presse betont, daß, wenn die französischen Wahlen am kommenden Sonntag gegen den Sachverständigenplan ausfallen sollten, eine diplomatische Isolierung Frankreichs unausbleiblich sei. Es gebe für Frankreich dann keine Reparationen und keine Finanzhilfe mehr.

Aus In- und Ausland.

Paris. Die „Humanité" teilt mit, daß in Mainz 100 wegen ihrer Teilnahme an der Maifeier gefangengehaltene französische Soldaten in den Hungerstreik getreten sind.

Newyork. In Buenos Aires haben während vier Stunden heftige Straßenkämpfe zwischen Polizei und Streikenden stattgefunden. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen.

Alle Ruhrzechen stillgelegt.

Essen, 7. Mai.

Die seit einigen Tagen sich vorbereitende Ausstandsdrohung ist in vollem Umfange Tatsache geworden. Seit heute morgen wird auf den meisten Zechen nicht mehr gearbeitet, da die Belegschaften nicht die Acht-Stunden-Schicht verfahren wollen. In einzelnen Bezirken, so besonders im Bochumer Bezirk, wird 8 Stunden gearbeitet. Etwa 15 % aller Bergleute im Ruhrrevier sind heute nur zur Arbeit erschienen. Direkt in den Streik getreten sind nur 2 %, ausgesperrt die übrigen 83 %.

Die Streikparole wurde tatsächlich zunächst von der kommunistischen Union ausgegeben, aber die übrigen drei großen Bergarbeiterorganisationen, einschließlich der christlichen, haben diesen Ruf aufgenommen. Der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband hat zwar eine Entschließung gefaßt, welche die siebenstündige Schicht erreichen will, aber für den Generalstreik die Parole der Kommunistischen Partei ablehnt, weil er nicht gewillt sei, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Tendenzen durch parteipolitische Machinationen trüben zu lassen. Aber dieser Beschluß änderte nichts mehr, ebensowenig der Beschluß des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, der ebenso den Generalstreik ablehnt, aber an der siebenstündigen Schicht festhält. Es handelt sich um die Durchführung des zwischen den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft und dem Zechenverband festgelegten Arbeitsverhältnisses. Es war bestimmt worden, daß bis zur Festsetzung einer anderen Arbeitszeit die verlängerte Arbeitszeit Geltung haben sollte. Die Verbände haben diese Beschlüsse und auch die beiden Schiedssprüche, die sich in der gleichen Richtung bewegen, abgelehnt.

Krisis auch in Sachsen und Oberschlesien

Aussperrung beschlossen.

Die Lage in den sächsischen Kohlenrevieren ist außerordentlich ernst. Die Bestrebungen auf Festhaltung der Sieben-Stunden-Schicht für Untertagsarbeiter haben auch auf die staatlichen Bergwerke übergegriffen. Die Aussperrung im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau ist allgemein durchgeführt worden.

Die Streiklage in Deutsch-Oberschlesien hat sich verschärft. Die Betriebsrätekonferenz der Metallarbeiter hat den Beschluß gefaßt, sich dem Streik der Grubenarbeiter anzuschließen. Die Gleiwitzer Hütte und die Rüttgerswerke traten vollständig in den Streik. Die Belegschaft der Deichselwerke in Hindenburg streikt zurzeit mit 30 %. Die Lage im Kohlenbergbau ist im allgemeinen unverändert. Auf dem in Polnisch-Oberschlesien liegenden Hüttenwerk der Laurahütte wurden wiederum 500 Arbeiter entlassen. Gekündigt wurde erneut 120 Beamten und 1200 Arbeitern.

Die Einberufung des Reichstags.

Zwischen dem 23. und 26. Mai.

n. Berlin, 7. Mai.

Der für die Einberufung des Reichstags genannte Termin des 22. Mai steht noch nicht bestimmt fest. Der noch amtierende Reichstagspräsident Löbe besprach heute vormittag mit dem Reichskanzler die Frage der Einberufung. Der Termin hängt noch von den technischen Möglichkeiten ab, d. h. davon, wann der Reichswahlleiter die amtliche Liste der gewählten Abgeordneten endgültig abschließen kann. Erfahrungsgemäß verzichten von den auf Reichsliste Gewählten noch manche, so daß andere in der Liste nachstehende Kandidaten einrücken und diese sich erst über die Annahme des Mandats erklären müssen. So nimmt der Präsident Löbe jetzt an, daß die Einberufung des neuen Reichstages etwa zwischen dem 23. und 26. Mai erfolgen kann. Was die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten betrifft, so hört man, daß die sozialdemokratische Fraktion, die bisher den Präsidenten gestellt hat, die Rechte einer anderen Fraktion, die die größte Stärke aufweisen würde, respektieren und zu deren Gunsten auf eine neue Kandidatur des Herrn Löbe für den Präsidentenposten verzichten würde. Heute nachmittag begab sich der Reichskanzler zu dem nach Berlin zurückgekehrten Reichspräsidenten. Aus der Rückkehr des Reichspräsidenten darf, wie man an maßgebender Stelle hört, nicht geschlossen werden, daß schon in diesem Augenblick irgendwelche Entscheidungen über die Lage getroffen werden.

Regierungssturz in Mecklenburg.

Kabinett Brandenstein zurückgetreten.

In der Sitzung des Landtages wurde der deutschnationale Ministerpräsident Freiherr von Brandenstein von der deutschvölkischen Freiheitspartei gestürzt, weil seine Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten nicht der Ansicht der Deutschvölkischen entspreche. Den Anlaß dazu gab die zustimmende Haltung des Ministerpräsidenten von Brandenstein in der Frage des Sachverständigengutachtens in der Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten. Die beiden anderen Minister erklärten sich solidarisch mit dem Ministerpräsidenten, und das gesamte Kabinett trat zurück.

Die Kommunisten hatten zunächst ein Mißtrauensvotum eingebracht, das aber von den Deutschvölkischen nicht unterstützt und abgelehnt wurde. Darauf brachten die Völkischen einen ähnlich lautenden Antrag ein, der mit den Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die Sozialdemokraten entschieden sich gegen Brandenstein, weil er sich nicht klar genug für die Erfüllungspolitik ausgesprochen habe. Das aus zwei Deutschnationalen und einem Deutsch-Volksparteiler zusammengesetzte Kabinett trat erst am 18. März d. J. nach den Landeswahlen an seine Stelle.

Keine Zertrümmerung Preußens.

Regierungserklärung zur Hannoverschen Frage.

Hannover, 7. Mai.

In einer Versammlung von Vertretern der Provinz Hannover, zu der Oberpräsident Noske eingeladen hatte und an der Ministerpräsident Braun, die Minister von Richter, Severing und Hirtsiefer teilnahmen, verlas Ministerpräsident Braun eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist Hannover mit dem preußischen Staat verbunden. Mit dem übrigen Preußen hat Hannover den furchtbaren Krieg, seinen traurigen Ausgang und seine schrecklichen Folgen miterleben müssen. Härteres Geschick haben aber noch unsere Brüder in Ost- und Westpreußen, in Schlesien und bis zu dieser Stunde auch im Rhein- und Ruhrgebiet zu erdulden. In Ost und West und Nord des preußischen Staates hat die gemeinsame Not

das Gefühl der Zusammengehörigkeit

nicht gelockert, sondern gestärkt. Kein ernsthaftes Verlangen nach Loslösung von Preußen und staatlicher Selbständigkeit wird in Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein laut. Die Rheinlande betonen immer wieder, daß selbst die Erörterung der Frage, ob ein einheitliches Staatsgebilde für sie von Vorteil sei, zu unterbleiben habe, solange auch nur ein fremder Staat deutschen Boden besetzt halte. Sie fordern auch deshalb, einen Verzicht auf staatliche Neubildung im übrigen Deutschland. Dieser Treupflicht wird überall entsprochen. Nur in Hannover fordert die Deutsch-Hannoversche Partei jetzt eine Abstimmung darüber, ob fünf Regierungsbezirke ein selbständiges Land bilden sollen. Sie begründet diese Forderung mit harten Beschuldigungen gegen Preußen.

Die Staatsregierung widerspricht dem Herausreißen des größten Teiles der Provinz Hannover aus dem preußischen Staatsgebiete,

weil der gesamte Staat und seine Bewohner davon Schaden haben würden, und weil die Gesamtinteressen der fünf Regierungsbezirke in Hannover selbst in einem kleineren Staatsgebiete nicht so gepflegt werden könnten, wie in einem großen Staate Preußen. Die Betreiber der Abstimmung erklären, Preußen zersprengen und das Reich stärken zu wollen. Immer wieder haben die französischen Gewaltpolitiker erklärt, daß ihr Ziel die Zertrümmerung Preußens ist. Deutsche Uneinigkeit und Kleinstaaterei war durch Jahrhunderte der stärkste Hemmschuh für den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes. Frühere Fehler dürfen jetzt weniger als jemals wiederholt werden. Die Not des Volkes und Vaterlandes zwingt uns dazu, die staatlichen Kräfte zusammenzufassen.

Die Erklärung ist unterzeichnet von Ministerpräsident Braun und den Ministern Dr. am Zehnhoff, Severing, von Richter und Siering.

Nachklänge zur Reichstagswahl.

Die Volksparteiler v. Raumer und v. Kardorff im Reichstag. Um für die in Berlin und Potsdam II unterlegenen volksparteilichen Abgeordneten v. Raumer und v. Kardorff Platz zu schaffen, haben Dr. Kahl und Dr. Stresemann sich entschlossen, auf die Mandate in Berlin und Potsdam II zu verzichten und die Wahl auf die Reichsliste anzunehmen. Raumer und Kardorff kommen also wieder in den neuen Reichstag.

*

Verlorene Stimmen. Für die zahlreichen Splitterparteien, die ohne Mandat blieben, da sie in keinem Wahlkreise 60 000 Stimmen aufbrachten, wurden alles in allem 848 672 Stimmen abgegeben, also genügend, um bei entsprechender Anrechnung eine Vermehrung der Mandate um 14 zu erzielen. Diese Stimmen verteilen sich wie folgt: Unabhängige Sozialdemokraten 240 172, Nationale Minderheiten 133 628, Christlichsoziale V. G. 124 800, Nationale Freiheitspartei 59 788, Bund der Geusen 58 880, Partei der Mieter 46 975, Republikanische Partei 45 775, Freiwirtschaftsbund 36 122, Deutsche Arbeitnehmerpartei 36 130, Soz. Bund 25 607, Häuserbund 23 828, Völkischer Block 9439, Bayerischer Mittelstandsbund 5681, Parteilose Wirtschaftsgruppe 1847.

*

Wahlbeteiligung der Frauen. Das Verhältnis der abgegebenen Frauen- zu den Männerstimmen ist immer eine interessante Seite der Feststellungen bei den Wahlen gewesen. Obwohl im allgemeinen bei der Reichstagswahl die Feststellung nicht möglich ist, so wählten auch bei der vorletzten Wahl in einzelnen Orten Frauen und Männer getrennt. Dabei zeigte sich, daß die Rechtsparteien und das Zentrum verhältnismäßig die meisten Frauenstimmen erhielten. Die gleiche Erscheinung war jetzt wieder im Spandauer Wahlbezirk zu konstatieren, wo Frauen und Männer in getrennten Lokalen abstimmten. Es wurden abgegeben: für Deutschnationale Volkspartei 4782 Männer- und 6065 Frauenstimmen, Demokraten 1328 und 1257, Sozialdemokraten 7203 und 7017, Kommunisten 5643 und 3944, Deutschsoziale 532 und 516, Deutsche Volkspartei 2284 und 2440, Deutschvölkische 2618 und 2157, Wirtschaftspartei 1055 und 1039, Häuserbund 20 und 16, Zentrum 853 und 1306, Sozialistischer Bund 75 und 72, Unabhängige Sozialdemokraten 470 und 458, Polen 71 und 62, Republikaner 93 und 60, Arbeitnehmer 106 und 71, Nationalliberale 95 und 101, Nationale Freiheitspartei 23 und 17.

*

Der preußische Ministerpräsident Abgeordneter für Düsseldorf-West. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun ist sowohl in Ostpreußen wie im rheinischen Wahlbezirk Düsseldorf-West als Spitzenkandidat gewählt worden. Braun wird die Wahl in Düsseldorf annehmen. An seiner Stelle wird dann für Ostpreußen der dritte Kandidat auf der sozialdemokratischen Parteiliste, Parteisekretär Hermann Schulz-Königsberg, in den Reichstag einziehen.

*

Rückgang der Welfenstimmen. Wie der Hannoversche Kurier meldet, haben sich die welfischen Stimmen von 317 000 auf 304 000 vermindert. Besonders stark war der Rückgang in Lüneburg-Stade, auch in Osnabrück ging die Stimmenzahl der Deutschhannoveraner um 20 % zurück.

Poincaré zu den Reichstagswahlen.

Nach wie vor Verbleiben im Ruhrgebiet.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat bei einer Zusammenkunft der französischen Handelskammern eine Rede gehalten, in der er sich zu Beginn über die Regelung der französischen Handelsbeziehungen zum Ausland äußerte. Frankreich werde demnächst mit mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, in Verhandlungen treten.

Dann kam Poincaré auf die bevorstehenden französischen und die geschehenen deutschen Wahlen zu sprechen. Er wandte sich zunächst gegen den auch in Deutschland konstatierten und in Frankreich agitierenden internationalen Linksradikalismus. Man könne sich nicht sicher fühlen, wenn demnächst der Einfluß einer internationalen Partei bei der Regelung der Reparationsfragen nachdrücklich sich geltend mache. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern die Entschließungen der Sachverständigen, wie sie die Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe, annehmen, und daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weder, wann noch wie, oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weder die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, Frankreich über seine wahren Absichten zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigengutachten auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, Frankreich größeres Vertrauen einzuflößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und der Festigkeit zu verharren, und nach wie vor entschlossen, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zurückzuziehen.

Die Hauszinssteuer in Preußen.

Amtliche Anweisung.

Wie sich aus vielen mündlichen und schriftlichen Anfragen bei amtlichen Stellen ergibt, herrschen über die Hauszinssteuer noch immer Zweifel verschiedener Art. Amtlich wird dazu mitgeteilt:

Die Hauszinssteuer wird in der Form eines Zuschlags zur staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, und zwar gegenwärtig in der Höhe des vierfachen Betrages der Grundvermögenssteuer, erhoben. Fällig ist die Hauszinssteuer am 15. eines jeden Monats. Bei einer verspäteten Zahlung, die mehr als 7 Tage nach dem Fälligkeitstage erfolgt, wurden Verzugszuschläge erhoben. Steuerschuldner ist bei der Hauszinssteuer wie bei der Grundvermögenssteuer der Hauseigentümer. Bei vermieteten Gebäuden sind aber die Mieter verpflichtet, dem Hauseigentümer die auf die von ihnen gemieteten Räume entfallenden Beträge der Hauszinssteuer wie die übrigen Teile der gesetzlichen Miete zu zahlen. Die Verteilung der Hauszinssteuer erfolgt in diesem Falle nach dem Verhältnis der Friedensmiete durch den Hauseigentümer. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die gesetzliche Miete gezahlt wird, oder die nicht vermietet sind. Ist ein Steuerschuldner im Einzelfalle infolge seiner schlechten persönlichen Verhältnisse nicht in der Lage, die Hauszinssteuer zu entrichten, oder ist ein Mieter im Einzelfalle aus gleicher Ursache nicht in der Lage, dem Hauseigentümer den auf die gemieteten Räume entfallenden Teilbetrag der Hauszinssteuer zu zahlen, so kann der Steuerschuldner, also in beiden Fällen der Hauseigentümer, die Stundung des in Betracht kommenden Steuerbetrages bei der Gemeindebehörde unter Begründung beantragen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 9. Mai 1924.

□ **Funkbriefe nach Amerika.** Seit dem 1. Mai hat das Reichspostministerium die Vorschriften für die Annahme und Beförderung der Funkbriefe nach Amerika und darüber hinaus im Einvernehmen mit der amerikanischen Funkgesellschaft in einigen Punkten geändert. Die Funkbriefe werden jetzt vom Aufgabeort in Deutschland bis zur Funkstelle Berlin nicht mehr telegraphisch übermittelt, sondern brieflich übersandt. Die Beförderung zwischen Berlin und Newyork erfolgt nach wie vor telegraphisch über den Funkweg via Transradio. Die Funkbriefe nach Orten über Newyork hinaus müssen hinter der vollständigen Briefanschrift den gebührenpflichtigen Vermerk „Post Newyork" tragen. Sie werden ab Newyork an die Empfänger als gewöhnliche Briefe mit der Post weitergesandt. Neu zugelassen ist die Weiterleitung ab Newyork als eingeschriebener Brief, falls der Absender dies bei der Telegrammaufgabe beantragt. In solchen Fällen ist anstatt des Vermerks „Post Newyork" der Vermerk „Pr. Newyork" anzuwenden. Einschreibegebühr 50 Pfennig Grundwert. In gleicher Weise werden die Funkbriefe aus Amerika behandelt.

= **Halver,** 8. Mai. Wie uns die hiesige Güterabfertigung mitteilt, erfolgt ab 9. Mai die Milchbeförderung anstatt des Mittags um 2 Uhr jetzt des Abends um 7 Uhr.

& **Halver,** 8. Mai. Wer im Herbst v. Jrs. nicht die Gelegenheit fand, oder wegen Ueberfüllung des Saales wieder umkehren mußte, und sich so den herrlichen Genuß des vom M.-G.-V. „Arion" hierselbst veranstalteten Konzerts entgehen lassen mußte, dem wird empfohlen, sich für kommenden Sonntag früh genug vorzusehen, da allem Vernehmen nach, daß am Sonntag, den 11. Mai stattfindende 1. Hauptkonzert obigen Vereins die Darbietungen des Herbstkonzerts noch übersteigen werden. Alles Nähere siehe gestriges Inserat.

& **Halver,** 8. Mai. Die Firma Becker & Co. hat ihrem in der Südstraße gelegenen Fabrikgebäude einen größeren, zweistöckigen Anbau angefügt. Das Richtfest konnte bereits Dienstag begangen werden. Es darf also mit einer erheblichen Vergrößerung des Betriebes gerechnet werden.

+ **Oberbrügge,** 8. Mai. Der Postbetriebsassistent Ernst Seuster begeht am 9. dieses Monats sein 52 jähriges Dienstjubeläum. Dieser bei seinen Vorgesetzten und Kollegen beliebte Beamte begegnet in der Bevölkerung allseitiger Verehrung. Dem Jubilar herzlichste Glückwünsche!„

= **Carthausen,** 8. Mai. An dem Bürohaus der Westf. Porzellanfabrik in der Hälver ist ein Briefkasten angebracht worden, der seitens des Postamts in Schalksmühle entleert wird.

+ **Schalksmühle,** 8. Mai. Der Oberpostschaffner Wilh. Schroeder kann auf eine 25jährige Dienstzeit im Postdienst zurück blicken. Dem beliebten Beamten bringt man allseitige Verehrung entgegen. Wir entbieten dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche.

Listernohl, 8. Mai. Die Listertalsperre läuft innerhalb kurzer Zeit zum zweitenmal über und bietet mit den abstürzenden Wassermassen ein prächtiges Bild.

Wipperfürth, 8. Mai. Die Maschine des gestern Abend 7,36 Uhr hier fälligen Personenzuges von Halver entgleiste auf Bahnhof Kupferberg beim Rangieren. Die Passagiere mußten warten, bis Wipperfürth die Maschine des später eintreffenden Milchleerzuges entsandte, die den Zug um 9,04 Uhr nach hier brachte.

Nah und Fern.

○ **Klopstock-Gedenktag in den Schulen.** Am 3. Juli d. J. sind 200 Jahre seit der Geburt Klopstocks verflossen. Der preußische Kultusminister hat angeordnet, daß an diesem Tage — bei früherem Schulschluß vorher — in allen Schulen in geeigneter Weise dieses hervorragenden deutschen Dichters zu gedenken ist.

○ **Verlobung der Tochter des Prinzen Max von Baden.** Prinzessin Maria Alexandra von Baden, die 21jährige einzige Tochter des ehemaligen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden und seiner Gemahlin, geb. Prinzessin von Braunschweig und Lüneburg, verlobte sich mit dem Prinzen Philipp von Hessen, dem 27jährigen Sohn des Prinzen Friedrich Karl von Hessen und seiner Gemahlin, Prinzessin Margarete von Preußen, der jüngsten Schwester des vormaligen Kaisers. Die beiden ältesten Söhne des Prinzen von Hessen sind im Weltkriege gefallen.

⊙ **Deutsche Opern in London und Paris.** Die deutsche Opernsaison in London wurde vor dichtbesetztem Hause mit der Aufführung von Richard Wagners „Rheingold" eröffnet. Die Aufführung, die starken Beifall erntete, fand in deutscher Sprache statt. — Anläßlich der Olympischen Spiele wird die Wiener Oper unter Leitung des Generalmusikdirektors Schalk in Paris drei Opern von Mozart mit eigenem Chor und Orchester in deutscher Sprache aufführen. (Seit dem Ausbruch des Krieges waren weder in England noch in Frankreich deutsche Opern zur Aufführung gebracht worden.)

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

79) Nachdruck verboten.

„Wo ich's gefunden habe? Das ist eben das seltsamste: Ich kam da heraus heute, weil ich mit Agnes heimlich sprechen wollte. Hedwig ist sehr schlecht. Ich war bei ihr und sie hat mich gar nicht erkannt. Da packte mich eine furchtbare Angst. Mein Kind muß sterben. Und es stirbt mit einem Makel auf seinen Namen. Ich aber, ich — ihr Vater, — ich kann vielleicht Licht in das Dunkel bringen. Nun: ich gab doch mein Wort. Und wenn ich auch ein Ehrloser war, ich mag's doch nicht brechen! Und dann: das Geld! Ich wollte es haben, für Hedwig! Und nun ist ja alles gleich. Ich werde das Geld am Ende nie brauchen! Denn Hedwig geht zugrunde! Schau mich nicht so an, Kind. Ich bin nicht irrsinnig. Nur verwirrt, weil zu vieles einstürmte auf mich. Und ich will nicht zum Verräter werden. Das nicht! Aber mit Agnes wollte ich reden unseres Kindes wegen! Und wie ich da vorsichtig um das Haus herumstreiche, denn ich mochte nicht gern vom Gesinde gesehen werden, ja, da treibt der Wind mir dieses Blatt vor die Füße. Ich hätte es fast weggeschoben mit dem Fuße. Aber ein Name sprang mir in die Augen: „Felix". Mein eigener Name. Und da hob ich's auf.

Kannst du dir denken, Hella, wer das geschrieben hat?"

Das Mädchen zitterte so stark, daß das Blatt Papier in ihren Fingern raschelte.

Aber sie raffte alle Kraft zusammen:

„Weißt du es, Onkel Felix?"

Scheu sahen sie einander an.

„Wir wollen es gar nicht ausdenken", sagte der Mann kaum verständlich. „Aber suchen müssen wir diejenige, welche das geschrieben hat. Helfen müssen wir ihr, gelte es, was immer. Denn sie ist in der Gewalt eines Menschen, dem man alles zutrauen kann."

„Hugo Mahr!"

„Ja. Sie schreibt es doch selbst. In Wien dürfte er sie kaum verborgen haben, denn heute habe ich ihn sprechen wollen um jeden Preis, und da bin ich ihm nachgegangen in alle seine Verstecke und Zufluchtsstätten. Ich kenne sie, glaube ich, sämtlich. Er lebt da unter den verschiedensten Namen, mit den verschiedensten Dokumenten ausgerüstet. Aber trotz aller seiner Findigkeit und Klugheit muß ihn jetzt eine starke Angst befallen haben. Einer seiner Vertrauten, der mich auch von früher her kennt, sagte es mir ganz offen: Mahr fürchtet sich. Er hat eine Witterung wie ein Jagdhund. Und er spürt es: man ist auf seiner Fährte. Die Polizei fahndet nach dem Mann mit dem etwas verkürzten Fuß, dem wilden Bart und dem Schlapphut, welcher damals zuerst in dem Nachbarorte von der Tat sprach, als er ein wenig angetrunken war; meine Frau hat ihn verfolgt; der Diener vom Elterlein erinnerte sich an eine Dame in Trauer, die Mahr dort besuchte. Und eine Dame in Trauer brachte einen Todkranken nach dem Sanatorium, neben dem ich wohne. Mein alter Freund Reinhart sah die — die Dame. Sie erinnerte ihn an — an deine Mutter, Kind. Hella — weiche nicht zurück! Sei jetzt tapfer, Mädel. Es geht um vieles! Soll ich mit Rolf sprechen?"

„Nein."

Hella Irwein konnte kaum das Wort hervorstoßen. Ihre Augen waren weit geöffnet, wie in dem Erkennen von irgend etwas sehr Schrecklichem. Aber gleich riß sie sich doch wieder zusammen.

„Nein! Nicht mit Rolf! Er ist in einer furchtbaren Lage. Da ist einerseits Hedwig. Er würde alles, alles für sie tun. Nur eines kann er vielleicht nicht: Selbst diejenige anklagen, welche — welche doch und trotz allem unsere Mutter war. Onkel Felix! Rolf hing so sehr an ihr. Er kann da nicht die Entscheidung herbeiführen. Seit Tagen quält er sich grenzenlos und kommt doch zu keinem Entschlusse. Onkel Felix. Nun aber drängen die Umstände. Wir müssen handeln für ihn. Aber wir dürfen auch nicht darauf vergessen, daß Vaters höchster Wunsch es bestimmt war, über alles Geschehene den Schleier des Vergessens zu breiten. Nur nicht noch einmal Tote auferstehen lassen. Nicht nochmals unseren Namen den Menschen preisgeben."

Sie schluchzte auf, wild und verzweifelt. Man vernahm es deutlich, daß im Nebenzimmer die Tür nach dem Gange zu geöffnet wurde und Agnes Mirbach mit Rolf dann die Treppe nach dem oberen Stockwerk hinaufstiegen. Man hörte sogar ein paar Worte bis herunter:

„Ja, Tante! Wir wollen die Abrechnung zusammen noch heute durchsehen und abschließen."

Dann knarrte oben eine Tür, und nun wieder tiefe Stille.

Nur das schwere Atemholen der beiden Menschen klang zusammen mit dem Rauschen des Baches und dem feinen Singen des Windes in dem bereiften Geäst. Der Haushund, der im Hofe noch an der Kette lag, schlug ein paarmal kurz und drohend an. Aber er beruhigte sich schnell.

„Hella", sagte Felix Mirbach drängend, „besinne dich! Was sollen wir tun? Der kranke Mann mit dem englischen Namen ist vor einigen Tagen im Sanatorium gestorben. Ich habe es auf Umwegen erfahren. Aber man sandte umsonst immer wieder nach der Dame in Trauer, die in der Villa Rosenberg wohnte. Sie ging vor mehreren Tagen, als jener fremde Kranke noch lebte, einmal weg, nachdem sie noch einen Zettel, den ich für sie zurückließ, und ihre Briefschaften einsteckte. Sie ging fort und ist nicht wiedergekommen. Freilich sagte sie, daß sie wahrscheinlich ein paar Tage ausbleiben würde. Man möge ihre wenigen Sachen nur einstweilen ruhig in ihrem Zimmer stehen lassen. Tatsache ist, daß sie nicht da ist. Und daß jede Spur von ihr fehlt. Denn, Hella, ich forschte doch auch nach ihr. Und eine weitere Tatsache ist dieser Zettel. Er ist an mich, darauf könnte ich schwören. Und "H. M.?" H. M. ist natürlich „Hugo Mahr". Und ich weiß noch eine Tatsache. Die kleine Lori ist heute morgen von jemandem, den die Magd dort wohl kennt, wie sie sagt, den sie aber nicht nennen will, abgeholt worden."

„Die kleine Lori?" fragte Hella verständnislos. In fliegender Eile begann Mirbach zu sprechen. Seine Worte überstürzten sich fast. Aber sie gaben doch ein klares Bild von allem, was er selbst dachte und wußte.

Hella begriff trotz ihrer namenlosen Erregung alles vollkommen.

„Onkel", sagte sie scheu, „ist — ist nicht eine Möglichkeit, daß Mahr im Hause seines Vaters ist? In unserem alten Verwalterhause? Von da soll ja jener Gang nach dem Felsenkeller führen."

Mirbach dachte nach. Ja, da waren starke Wahrscheinlichkeiten. Aber von allem, was Hellas Annahme bestärkte, wußte er gar so wenig. Nur, daß Hugo Mahr hier, in dem alten Hause seines Vaters, das ja nun ihm gehörte, allenfalls eine Zufluchtsstätte finden konnte, nur das war ihm klar.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter und Angestellte.

Dessau. (Aussperrung im mitteldeutschen Metallgewerbe.) Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat wegen der Niederlegung der Arbeit in einigen anhaltischen Fabriken beschlossen, die Betriebe im Anhalt, in denen jetzt noch gearbeitet wird, zu schließen. Davon werden Tausende von Metallarbeitern betroffen. Die Schließung der Fabriken soll am 14. Mai erfolgen.

Lübeck. (Die Lübecker Werftabstimmung.) Die Lübecker Werftarbeiter haben in einer Versammlung mit 571 gegen 75 Stimmen beschlossen, den neuen Hamburger Schiedsspruch abzulehnen.

London. (Generalstreikdrohung der englischen Bauarbeiter.) Ein neuer Generalstreik, diesmal in der Bauindustrie, der mehr als eine halbe Million Arbeiter umfassen würde, scheint unabwendbar zu sein. Die Angebote der Arbeitgeber wurden zurückgewiesen und der Streik beschlossen. Der Tag der Arbeitsniederlegung ist aber noch nicht bekannt gegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Todesurteil für einen jugendlichen Mörder.** Das Landgericht in Münster i. W. hat den 18 Jahre alten Paul Krause, der in Gemeinschaft mit seinem jüngeren Bruder den Sohn eines angesehenen Bürgers nach einem mißglückten Erpressungsversuch ermordet hatte, zum Tode verurteilt.

§ **Ein Franzosenurteil in Wiesbaden.** Das französische Kriegsgericht in Wiesbaden verurteilte den Postdirektor Petzle aus Höchst zu drei Monaten Gefängnis, weil er zu Beginn des passiven Widerstandes Befehle der Berliner Regierung im Postgebäude hatte anschlagen lassen. Sein Sohn, bei dem man einen Revolver fand, erhielt einen Monat Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe.

§ **Bombenattentäter vor dem Schwurgericht.** Vor dem Schwurgericht in Münster i. W. wurde wegen des Attentats auf die Druckerei des in Münster erscheinenden sozialistischen Parteiorgans Volkswille gegen den Schriftsetzer Kückelhaus aus Essen und den Dekorationsmaler Schreiber aus Essen verhandelt. Die Angeklagten sind beschuldigt, in der Nacht zum 24. Juni 1923 das Druckereigebäude des Volkswille in die Luft gesprengt zu haben; sie gehören nach ihrer Angabe vaterländischen Verbänden an. Auf Grund ärztlicher Gutachten stellte die Verteidigung den Antrag, den Angeklagten Kückelhaus einer Anstalt zur Beobachtung zu überweisen. Die Verhandlung wurde darauf vertagt.

§ **Sühne für ein Eisenbahnunglück.** Vor dem großen Schöffengericht in Oranienburg bei Berlin fand die Verhandlung gegen den Lokomotivführer Leßmann statt, der mit einem Fernzug am Morgen des Weihnachtsfeiertages bei schwerem Schneesturm unmittelbar vor der Einfahrt zum Bahnhof Oranienburg auf einen dort haltenden Vorortzug aufgefahren war und dadurch den Tod eines Postschaffners verursacht hatte. Leßmann wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Monat Gefängnis verurteilt; es wurde ihm außerdem Strafaussetzung und eine Bewährungsfrist von drei Jahren bewilligt.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Deutscher Tennissieg in Italien.** Das italienisch-deutsche Tennisturnier in Rom ist zwar noch nicht beendet, aber schon entschieden. Die Deutschen erhielten neun, die Italiener drei Punkte. Die deutschen Spieler wurden sehr herzlich aufgenommen. Das Publikum war zahlreich erschienen.

Sp. **Berlin unterliegt im Fußballkampf gegen Prag.** In Berlin fand der Fußballkampf Sparta-Prag gegen Union 92-Berlin statt. Sparta siegte mit 3:1. (Halbzeit 1:1).

Wetter-Aussichten.

11. Mai. Sonne, teils Wolken, normal temperiert.
12. „ Sonne, Wolken, strichweis, Regen, ziemlich kühl.
13. „ veränderlich, Wind.
14. „ Wolken, vielfach Regen, Wind Normal temperiert.
15. „ Sonne, Wolken, strichweis Regen, ziemlich warm.
16. „ Sonne, teils Wolken, warm.
17. „ Wenig verändert.

Börse und Handel.

Sehr gedrückte Stimmung.

* Berlin, 7. Mai.

Die Verstimmung der Börse zeigte bei Beginn eine weitere Verschärfung. Neben der Wirrnis der innerpolitischen Lage und der noch kaum geminderten Anspannung des Geldmarktes gaben heute die Meldungen über den drohenden Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier den Anlaß zu weitgehenden Befürchtungen. Unter dem Druck dieser ungünstigen Einflüsse erfolgten ausgedehntere Realisierungen, die empfindliche Kursverluste für fast alle Industriepapiere hervorriefen. Nach Feststellung der ersten Kurse erwies sich der Markt widerstandsfähig, was Deckungen der Baissespekulation zu verdanken war. Die Kurserholungen, die damit verbunden waren, hatten aber nur vereinzelt und vorübergehend den Erfolg einer leichten Aufbesserung. Die allgemeine Stimmung blieb durchaus ungünstig.

In Billionen M. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

Börsenplätze	7. 5. gesucht	7. 5. angeb.	6. 5. gesucht	6. 5. angeb.
100 Holland	158,10	158,90	157,60	158,40
100 Dänemark	71,72	72,08	71,52	71,88
100 Schweden	111,74	112,03	111,22	111,78
100 Norwegen	58,60	58,90	58,45	58,75
100 Finnland	10,57	10,62	10,57	10,63
1 Amerika	**4,19**	**4,21**	**4,19**	**4,21**
1 England	18,455	18,545	18,455	18,545
100 Schweiz	74,81	75,19	74,81	75,19
100 Frankreich	27,68	27,82	27,23	27,37
100 Belgien	22,24	22,36	21,85	21,95
100 Italien	19,05	19,15	18,95	19,05
100 Tschechien	12,46	12,54	12,46	12,54
100T Österreich	5,98	6,02	5,98	6,02
100T Ungarn	4,37	4,77	4,78	4,98

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	7. 5.	6. 5.
Weiz., märk.	170-172	170-173
pommerscher	—	—
Rogg., märk.	128-134	128-134
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Braugerste	170-187	170-187
Futtergerste	155-163	150-163
Hafer, märk.	125-132	125-132
pommerscher	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	24-26	24-26
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	19,2-22	19,5-22

	7. 5.	6. 5.
Weizkl. f. Brl.	10	10,2
Rogkl. f. Brl.	9	9,1
Raps	310	310
Leinsaat	410	410
Viktor.-Erbs.	25-27	25-27
kl. Speiseerbs.	14-15	14-15
Futtererbsen	12-13	12-13
Peluschken	11-12	11-12
Ackerbohnen	14-16	14-16
Wicken	12-13	12-13
Lupin., blaue	11-11,5	11,5-12
Lupin., gelbe	15-15,5	15-15,5
Serradelle	12-13,5	12-13,5
Rapskuchen	11	11
Leinkuchen	20-20,5	20-20,5
Trockenschtzl.	9,9	10,6
vw. Zuckschn.	—	—
Torfml. 30/70	8.8	—
Kartoffelfl.	23,4	23,6

* **Berliner Schlachtviehmarkt** vom 7. Mai (amtlich). Auftrieb: Rinder 1765, darunter 498 Bullen, 578 Ochsen 689 Kühe und Färsen, Kälber 2580, Schafe 2250, Schweine 8671, Ziegen 12, Schweine aus dem Ausland 573. Preise: Ochsen a) 42—44, b) 36—40, c) 32—34, d) 28—30; Bullen a) 38—40, b) 34—36, c) 30—33; Färsen und Kühe a) —, b) 36—43, c) 30—33, d) 24—27, e) 20—22; Fresser 27—30; Kälber a) —, b) 75—80, c) 60—70, d) 45—55, e) 30—40; Stallmastschafe a) 40—45, b) 30—37, c) 19—25; Schweine a) —, b) 62, c) 60 bis 62, d) 58—60, e) 55—56, f) 52—54; Sauen 55—58; Ziegen 15—20. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.



Gestern nachmittag 6½ Uhr entschlief sanft unsere liebe Mutter, Grossmutter und Urgrossmutter

Frau Ww. Wilh. Reppel
Emilie geb. **Vollmann**

im 80. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Borlinghausen b. Kierspe, den 8. Mai 1924.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 10. Mai nachm. 4½ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Kranzspenden dankend verbeten.

Gemeinde Halver.

Die Wahl zur Gemeindevertretung am 4 Mai ds. Js hatte folgendes Ergebnis:

Wahlvorschlag Nr. 1:
Albert Faust, Halver, 1374 Stimmen.
Wahlvorschlag Nr. 2:
Liste Paulmann 2271 Stimmen.

Bei der Verteilung der Stimmenzahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl entfallen auf den 1 Wahlvorschlag 6 Sitze und auf den 2. Wahlvorschlag 9 Sitze.

Es sind somit gewählt:
1. Albert Faust, Former, Halver,
2. Adolf Bremicker, Schlosser, „
3. Erich Morlinghaus, Schlosser, Ober-Herweg,
4. Georg Dunkel, Bohrschmied, Halver,
5. Theodor Schmitt, Schmied, Herweger-Schleifkotten,
6. Paul Haase, Gabelschmied, Carthausen,
7. Otto Paulmann, Landwirt, Mesenhohl,
8. Adolf Welter, Generalagent und Schneidermeister, Halver,
9. Heinrich Giersieper, Fabrikant, Ehringhausen,
10. Gustav Adolf Enneper, Landwirt, Engstfeld,
11. Heinrich Finnern, Prokurist, Halver,
12. Ernst Fingerhut, Kaufmann, „
13. Karl Lausberg, Landwirt, Ober-Vahlefeld,
14. Ernst Osenberg, Landwirt, Bever,
15. Paul Mühlen, Hauptlehrer, Halver.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen zwei Wochen nach dieser Bekanntmachung bei dem Gemeindevorstande Einspruch erheben

Halver, den 7. Mai 1924.
Der Gemeindevorstand:
Thomas, Amtmann. Fernholz, Gemeindevorsteher

Amt Halver.

Die Wahl zur Amtsversammlung am 4. Mai ds. Js. hatte folgendes Ergebnis:

A. Gemeinde Halver.
Wahlvorschlag Nr. 1:
Adolf Bremicker, Halver, 1417 Stimmen.
Wahlvorschlag Nr 2:
Liste Enneper 2229 Stimmen.

B. Gemeinde Schalksmühle.
Wahlvorschlag Nr. 1:
Otto Bornmann, Schalksmühle 317 Stimmen.
Wahlvorschlag Nr 2:
Hugo Schnöring 823 Stimmen.

Zu verteilen sind 6 Sitze und zwar 4 auf die Gemeinde Halver und 2 auf die Gemeinde Schalksmühle

Bei Verteilung der Stimmenzahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl entfallen auf den Wahlvorschlag Adolf Bremicker 1 Sitz, auf den Wahlvorschlag Liste Enneper 3 Sitze, auf den Wahlvorschlag Otto Bornmann kein Sitz und auf den Wahlvorschlag Hugo Schnöring 2 Sitze.

Es sind somit gewählt:
1. Adolf Bremicker, Schlosser, Halver,
2. Gustav Adolf Enneper, Landwirt, Engstfeld,
3. Ernst Fingerhut, Kaufmann, Halver,
4. Cornelius Schürmann, Fabrikant, Halver,
5. Hugo Schnöring, Fabrikant, Schalksmühle,
6. Kurt Jäger, Diplom-Ingenieur, „

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung bei dem unterzeichneten Amtmann Einspruch erheben.

Halver, den 7. Mai 1924.
Der Amtmann: Thomas.

Gemeinde Schalksmühle.

Die Wahl zur Gemeindevertretung am 4. Mai ds. Js. hatte folgendes Ergebnis:

Wahlvorschlag Nr. 1:
Fritz Schalenbach, Schalksmühle, 401 Stimmen.
Wahlvorschlag Nr. 2:
Otto Bormann, Schalksmühle, 273 Stimmen.
Wahlvorschlag Nr. 3:
Kurt Jäger, Schalksmühle, 484 Stimmen.

Bei Verteilung der Stimmenzahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl entfallen auf den 1. Wahlvorschlag 3 Sitze, auf den 2. Wahlvorschlag 2 Sitze und auf den 3. Wahlvorschlag 3 Sitze.

Es sind somit gewählt:
1. Fritz Schalenbach, Galvaniseur, Schalksmühle,
2. Adolf Rittinghaus, Konrektor, „
3. Gustav Ackermann, Packmeister, Strücken,
4. Otto Bormann, Hammerschmied, Schalksmühle,
5. Robert Eicker, Schleifer, „
6. Kuct Jäger, Diplom-Ingenieur, „
7. Hugo Schnöring, Fabrikant, „
8. Richard Cramer, Landwirt, Reeswinkel.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach dieser Bekanntmachung bei dem Gemeinde-Vorstande Einspruch erheben.

Halver/Schalksmühle, den 7. Mai 1924.
Der Gemeindevorstand:
Thomas, Amtmann. Diergarten, Gemeinde-Vorst

Inserieren bringt Gewinn!

Gemeinden Halver-Schalksmühle.

Grundvermögens- und Hauszinssteuer für April und Mai 1924.

Die oben bezeichneten beiden Steuerarten sind für Halver bis zum **15. d. Mts.** bei der Gemeindekasse, für Schalksmühle am **13. d. Mts.** in der Zeit vom 8—12½ Uhr im Geschäftszimmer des Amtes Halver, Schalksmühle, Bahnhofstr. zu entrichten

Zahlzettel gelangen bei der Hebestelle gelegentlich der Zahlung zur Aushändigung.

Terminsüberschreitung hat die gesetzlichen Verzugszuschläge und das Beitreibungsverfahren im Gefolge. Am **13. d Mts.** ist die Kasse in **Halver geschlossen.**

Halver, den 6 Mai 1924
Der Amtmann.

Durch Ausschlußurteil des unterzeichneten Gerichts vom **1. Mai 1924** ist der **Mathias Bonner zu Metberg,** Gemeinde Klüppelberg, als im Grundbuch von Rönsahl eingetragener Eigentümer der Parzellen Flur 7 Nr. 6, 268/5 und 269/5 der Gemeinde Rönsahl — Kirchsiepen, Wiese bezw. Holzung — mit seinem Rechte ausgeschlossen worden

Meinerzhagen, 2. Mai 1924.
Preußisches Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. A ist heute bei der unter **Nr, 81** eingetragenen Firma **Wilhelm Pollmann & Sohn zu Vollme** folgendes eingetragen worden: Die Firma lautet jetzt **„Pollmann & Sohn".** — Dem Kaufmann **Jörgen Ebbinghaus zu Vollme** ist Prokura erteilt

Meinerzhagen, den 3 Mai 1924
Preußisches Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B. **Nr. 12** ist heute bei der Firma **„Landwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Haus Rhade"** zu Rhade Gemeinde Kierspe eingetragen worden:

Durch Beschluß der Gesellschafter vom **7. April 1924** ist die Gesellschaft aufgelöst. Zum Liquidator ist der Kaufmann **Wilhelm Kröll zu Düsseldorf** bestellt

Meinerzhagen, den 2. Mai 1924
Preußisches Amtsgericht.

Bin bis zum 18. ds. Mts.
=verreist.=
Dr. Sprenger, Zahnarzt, Halver.

Wir stellen sofort einige jüngere
Mädchen od. Burschen
bei leichter Beschäftigung und gutem Lohn ein.
Kemper & Kleinhuis, Halver.

Theaterverein „Westfalengruß"

Oberbrügge

(Gegr. 10. September 1923. — Mitglied des Reichsbundes für Volksbühnenspiele, Sitz Berlin)

veranstaltet am

Samstag, den 10. Mai 1924,
im Saale des Herrn Emil Schulte zu Ennepe und
Sonntag, den 11. Mai 1924,
im Saale des Herrn Ewald Ecks, Hotel Süderland Oberbrügge, einen

Theater-Abend.

Es gelangt zur Aufführung das große interessante Schauspiel a. d. Zeit Ludwig XV.

Die Blinde von Paris
Schauspiel in 5 Akten.

Anschließend: BALL.

Kassenöffnung 7½ Uhr, Anfang 8 Uhr, bei Emil Schulte, Ennepe.

Kassenöffnung 5½ Uhr, Anfang 6 Uhr, im Hotel Süderland, Oberbrügge.

Niemand versäume diesen Abend zu besuchen.

Es ladet freundl. ein der Vorstand.

Vereinigte Turn- u. Spielvereine e. V. Halver.

Am Samstag, den 10. d. Mts. Abends 8 Uhr im Vereinslokal

Versammlung

Tagesordnung
1. Aufnahme
2. Bericht vom Gauturntag.
3. Bezirks u. Kreisfest.
4. Himmelfahrt.
5. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Schützengesellschaft, Halver

Sonntag, d. 11. Mai ab nachm. 3½ Uhr

Schießen.

Verteilung d. Medaillen an die Jungschützen.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft Halver.

Bestellungen von **Weißkalk, Thomasmehl u. Kainit** für Mailieferung werden bis **12. d. Mts.** entgegenommen.

Einige jugendl. Arbeiter
sowie
1 Schmied
zum Härten von Hauer etc. **gesucht.**
Borlinghaus & Pollmann
Brügge i. W.

Bin Samstag morgen um **3 Uhr in Grünenbaum** und um **10 Uhr in Kierspe** mit prima billigen



Oldenb. Schweine
zum Verkauf.
Kämper, Oenneking.

Holzschuhe
kaufen Sie preiswert bei
Th. Becker,
Kierspe-Bhf.

Füllfederhalter
in Preisen von **3,50 bis 16 Mk.**
vorrätig
Wilh. Bell jr.,
Halver.